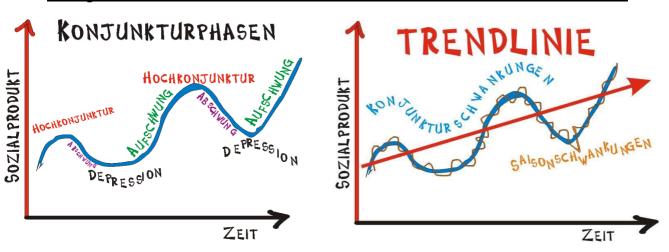
D	Name:	Klasse:	Datum:	PuG
Fürth				Max

# Konjunkturverlauf - das Auf und Ab unserer Wirtschaft



Die konjunkturelle Entwicklung vollzieht sich in Zyklen. Der Konjunkturaufschwung (Expansion) ist durch steigende Nachfrage und Produktionserweiterung gekennzeichnet. Die Wirtschaftseinheiten sind optimistisch. Die Firmen investieren und brauchen zusätzliche Arbeitskräfte. In der Hochkonjunktur (Boom) steigen die Löhne und das Einkommen der Haushalte, denn es mangelt schon an Arbeitskraft. Die steigende Nachfrage auf dem Gütermarkt treibt die Preise, auf dem Kreditmarkt die Zinssätze in die Höhe. Auch die Notenbank will die Konjunktur bremsen und erhöht die Zinsen. Das führt zu einem Konjunkturabschwung (Rezession), der durch rückläufige Produktion und unausgelastete Kapazitäten gekennzeichnet ist. Die Unternehmererwartungen sind pessimistisch, Kapazitäten werden abgebaut, Arbeitnehmer werden entlassen. Im Tiefstand (Depression) ist der Staat durch die Transferzahlungen an Arbeitslose und durch die sinkenden Steuereinkommen besonders belastet. Die Notenbank signalisiert durch die niedrigen Zinssätze einen neuen Aufschwung. Das Geld wird billiger, staatliche Förderungsgelder sollen die Wirtschaft ankurbeln. Wenn der untere Wendepunkt (psychologische Talsohle) erreicht ist, werden auch die Erwartungen optimistischer und fängt ein neuer Aufschwung an.

Die konjunkturellen Schwankungen kann man auch innerhalb eines Jahres feststellen. Diese kurzfristigen Veränderungen, die sogenannten Saisonschwankungen sind auf saisonale Einflüsse (witterungsbedingte Einflüsse, Urlaubsmonate, Weinachten, usw.) zurückzuführen. Die Kurve der Konjunkturschwankungen zeigt die jährliche Entwicklung des Bruttosozialproduktes (BSP). Die Trendlinie charakterisiert die langfristige Entwicklung, meistens den langfristigen Anstieg einer Volkswirtschaft.

Ordnen Sie den Konjunkturphasen die entsprechenden Merkmale zu.

Konjunktur- phasen	Beschäftigungsstand	Preisniveau	Wirtschaftswachstum
Aufschwung	<ol> <li>steigende Nachfrage nach Arbeitskräften</li> <li>steigender Beschäftigungsstand</li> </ol>	<ol> <li>Einkommen steigt</li> <li>Nachfrage steigt</li> <li>leicht steigendes Preisniveau</li> </ol>	<ol> <li>stark steigende         Produktion         hohe Zuwachsrate         des BSP/ BIP     </li> </ol>
Boom	Mangel an Arbeitskräften     hoher Beschäftigungs- stand	Einkommen steigt     Nachfrage steigt     Preisniveau steigt	1. Hohe Produktion 2. hohes BSP / BIP 3. steigende Zinsen (Wachstum abbremsen)
Rezession	Nachfrage nach Arbeits- kräften sinkt     sinkender Beschäf- tigungsstand (= Entlassungen)	Einkommen sinkt     Nachfrage sinkt     abfallendes Preisniveau	<ol> <li>sinkende Produktion</li> <li>sinkendes BSP / BIP</li> <li>Zinsen werden verringert</li> </ol>
Depression	hohe Arbeitslosigkeit     keine Nachfrage nach Arbeitskräften	niedriges Preisniveau     niedrige Nachfrage	<ol> <li>niedrige (Negativ-)</li> <li>zinsen</li> <li>niedriges BSP / BIP</li> <li>niedrige Produktion</li> <li>Förderungsgelder</li> </ol>

# Konjunkturbewegung in der Marktwirtschaft

Der Wirtschaftsablauf in der Marktwirtschaft ist nie gleichmäßig. Betrachtet man die Wirtschaftsentwicklung in Ländern mit marktwirtschaftlicher Ordnung während der letzten 100 Jahre, so fällt auf, dass wirtschaftliche Hochs mit Tiefs regelmäßig wechselten. Das Wirtschaftsverhalten ist somit zyklisch. Bei wiederkehrenden kurzfristigen Änderungen der Wirtschaftslage spricht man von Saisonschwankungen, die meist nur einzelne Wirtschaftszweige betreffen, z. B. das Baugewerbe infolge ungünstiger Witterung. Auf die gesamte Volkswirtschaft bleiben sie ohne großen Einfluss. Dagegen wirken sich die über mehrere Jahre hin wirksamen Wirtschaftsschwankungen auf die ganze Wirtschaft aus. Extreme Wellenbewegungen schaden dem empfindlichen Organismus einer Wirtschaft. Deshalb werden vom Staat Maßnahmen der Kontrolle ergriffen.

## Staatliche Maßnahmen zur Konjunkturbelebung

Staatlichen Eingriffen in den Wirtschaftsablauf sind in der Bundesrepublik Grenzen gesetzt. Der Staat kann niemandem vorschreiben, welche wirtschaftlichen Entscheidungen zu treffen sind. Er kann nur Vergünstigungen und Anreize bieten oder finanzielle Beteiligungen vorsehen. Den privaten Haushalten bleibt es überlassen, ob sie davon Gebrauch machen. Lange Zeit galt in der BRD der Budgetausgleich zwischen Steuereinnahmen und -ausgaben. Das bedeutet: Der Staat gibt in Krisenzeiten, wenn er weniger Steuereinnahmen hat, auch weniger aus - was natürlich die Krise noch verschärft! Diese Ansicht hat sich als überholt erwiesen. Heute wird vom Staat antizyklisches Verhalten erwartet. Im Interesse der Konjunkturstabilisierung muss er in Zeiten unzureichender Gesamtnachfrage die Staatsausgaben steigern.

Was der Staat selbst verbraucht oder als "Unternehmer" an Investitionen tätigt, macht in einer sozialen Marktwirtschaft unter günstigen Bedingungen rund 20 Prozent der Gesamtnachfrage im Land aus. Er ist so bereits ein wichtiger Mitspieler auf dem Markt und kann ihn dadurch beeinflussen. So kann der Staat bei einem Rückgang der allgemeinen Wirtschaftstätigkeit seine Ausgaben erhöhen, zum Beispiel durch Bauaufträge. Finanziert werden solche Aufträge vorausplanend während einer Hochkonjunktur. Er spart sich dieses Geld für schlechtere Zeiten auf.

Darüber hinaus kann der Staat durch Subventionen in Form von Lohnkostenzuschüssen zur Einstellung von Arbeitskräften beitragen. In der Rezession kann der Staat die privaten Investitionen fördern, indem er den Unternehmen Investitionsboni einräumt, das heißt, ein bestimmter Prozentsatz der Anschaffungskosten der Investitionsgüter kann von der Steuerschuld abgezogen werden. Allgemein kann der Staat durch steuerliche Vergünstigungen der Wirtschaft in Krisenzeiten Anreize für Investitionen bieten.

Durch Vereinfachungen von Gesetzen und Vorschriften besteht die Möglichkeit, weitere Anreize für die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen bieten. So wirkt sich eine Senkung von Sicherheitsstandards ebenso positiv aus, wie die Lockerung des Kündigungsschutzes.

#### Aktivitäten des Staates in Hochkonjunkturphasen

Auch in Zeiten von Expansion und Hochkonjunktur findet man wieder die antizyklische Finanzpolitik. Im Aufschwung und Boom ist die Nachfrage nach Konsumgütern durch die privaten Haushalte sehr groß, auch die Unternehmen investieren vorwiegend in diesen Zeiten in ihre Betriebe. Es besteht dadurch die Gefahr von Preissteigerungen, da das Angebot nicht in gleichem Maße steigt. Durch Kürzung der Staatsausgaben können Preissteigerungen verringert oder vermieden werden. Dies kann durch Streichung von Subventionen für krisengebeutelte Branchen geschehen, aber auch beispielsweise durch Kürzung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen.

Durch Steuererhöhungen werden nicht nur die Wirtschaft und damit der Preisanstieg gedämpft, sondern der Staat kann dadurch auch Rücklagen bilden, um in schlechteren Zeiten entsprechend auf die Konjunktur reagieren zu können.

# Möglichkeiten staatlicher Konjunkturpolitik

## Nachfragesteuerung durch ...

- Stärkung der Investitionen, z.B.
   Steuerentlastung, mehr direkte
   Subventionen
- Stärkung des privaten Verbrauchs,
   z.B. Senkung der Lohn- und
   Einkommenssteuer, Ausweitung der
   Sozialleistungen, Subventionen (z.B.
   Solaranlagen, Heizungssanierung)
- Erhöhung der Staatsausgaben, z.B. Konjunkturprogramme durch mehr öffentliche Aufträge

**Kritik:** Staatsverschuldung steigt zunehmend, da diese in Phasen der Hochkonjunktur nicht abgebaut wird.

## Angebotssteuerung durch ...

- Entlastung der Unternehmen, z.B.
   Senkung von Sozialabgaben,
   Lohnnebenkosten und Steuern
- Vereinfachung von Steuergesetzen, Vorschriften
- Lockerung sozialer Schutzvorschriften, z.B. Kündigungsschutz
- Erleichterungen von Unternehmensgründungen
- Förderung von Wissenschaft, Bildung und Schlüsseltechnologien

**Kritik:** Belastung der Arbeitnehmer ist keine Garantie dafür, dass Arbeitsplätze erhalten oder zusätzlich geschaffen werden.